

SOLIDARITÄT SOLIDARIETÀ

Jugend und Beschäftigung

Was es für einen attraktiven Arbeitsmarkt
für Jugendliche braucht

Rente

Informiert sein und ans Morgen denken





IMPRESSUM

SOLIDARITÀ
SOLIDARIETÀ

Zeitschrift des SGBCISL
Siemensstraße 23
39100 Bozen
Tel. 0471 568 401
Fax 0471 568 403
www.sgbcisl.it

Eintragung Landesgericht
Bozen Nr. 2/77 vom 4.2.1977
Presserechtlich verantwortlich:
Florian Kronbichler
ROC-Eintragung Nr. 22308
vom 19.1.2012

Druck:
Tip. Tezzele by Esperia, Bozen

Redaktion:
Donatella Califano,
Tila Mair, Omar Covi,
Josef Untermarzoner,
Michael Raveane, Armin Pircher

Kontakt:
armin.pircher@sgbcisl.it
Siemensstraße 23 - 39100 Bozen
Tel. 0471 568 402



Foto © Lomb - stock.adobe.com



Leitartikel

Zusatzrente wichtiger denn je 3

Thema

Ein jugendgerechterer Arbeitsmarkt 4-5

Politik und Verwaltung

Haushaltsgesetze des Staates und des Landes 6

Gesundheitswesen

Befürchten einen Boomerang-Effekt 7

„Bonus Natale“

Bonusse reichen nicht 8

Arbeitsrecht

Was passiert mit meinem Resturlaub? 9

Öffentlicher Nahverkehr - Bus

Ein Landesabkommen soll es richten 10

Automotive

Arbeitsplätze retten, Wettbewerbsfähigkeit sichern 11

Zusatzrentenberatung | Pensplan-Infopoints

„Es ist dein Geld!“ 12

Aus den Bezirken

Ginko: Ein Laden für Gemeinschaft, Nachhaltigkeit und Nahversorgung 13

Kaiserau: ein Viertel mit großem Potential 14

Wohnen, Soziales und Auftragsvergabe sind vorrangige Themen 15

Steuerdienst

25 Jahre SGB/CISL Service - Steuererklärungen und vieles mehr 16

Patronat

Grundlagen des Rentensystems 17

Vermischtes

Verbraucherrubrik 18

Kultur & Freizeit

Aktuelle Angebote 19

Zu guter letzt

Solidarität für 20



Georg Plaickner
SGBCISL-Generalsekretär

Zusatzrente wichtiger denn je

Die Pensionsreform von 1995 hat die Rentenberechnung grundlegend verändert. Das neue, beitragsbezogene System greift – nach einer Übergangszeit – eigentlich erst seit zwei Jahren. Davor wurde die Rentenhöhe aufgrund des Gehalts der letzten zehn Arbeitsjahre bestimmt. Nun wird nur mehr die Zeit bis zum 31. Dezember 1995 mit dem meist vorteilhafteren, lohnbezogenen System berechnet. Für die Jahre ab 1996 richtet sich die Höhe der Rente nach den eingezahlten Rentenbeiträgen. Für die meisten bedeutet diese eine niedrigere öffentliche Rente. Deshalb wäre es wichtig, bereits möglichst in jungen Jahren lückenlos erwerbstätig zu sein und sofort mit der Einzahlung in einen Zusatzrentenfonds zu beginnen. So hätte man zwei Standbeine: zum einen die staatliche Rente und zum zweiten die Zusatzrente, was dann im Alter ein würdiges Leben ermöglichen soll. Beinahe alle Kollektivverträge sehen mittlerweile vor, dass Arbeitnehmer/innen, die sich in einen kollektivvertraglichen Zusatzrentenfonds einschreiben, auch einen zusätzlichen Beitrag vom Arbeitgeber erhalten. Zudem gibt es Steuervorteile. In Südtirol bietet sich der Laborfonds an, welcher bereits 1998 von den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften Südtirols und des Trentino gegründet worden ist und inzwischen über 140.000 Mitglieder zählt. Mit dem Beitritt zu einem Zusatzrentenfonds leistet man einen immens wichtigen Beitrag für die eigene Altersvorsorge. Informationen und Beratung gibt es in unseren Sitzten.

Georg Plaickner



Donatella Califano
SGBCISL-Generalsekretärin

Ein bescheidenes erstes Jahr

Das erste Jahr der Legislaturperiode geht zu Ende. Die Landesregierung war mit ehrgeizigen Zielen gestartet: Ausbau der Autonomie, eine nachhaltige Entwicklung, ein angemessenes Einkommen für alle und Schutz der Bürgerrechte. Unsere Bewertung der bisherigen Arbeit fällt allerdings bescheiden aus.

Die Landesräte haben den sozialen Dialog vernachlässigt und die Gewerkschaften in politischen Fragen kaum einbezogen. Positiv zu bewerten ist das Abkommens zur IRAP-Reduzierung für Unternehmen, die Zusatzverträge abschließen. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Förderung der Vertragsverhandlungen für höhere Löhne. Positiv ist auch der Abschluss des Kollektivvertrags im öffentlichen Dienst, allerdings stehen nicht genug Geldmittel zur Verfügung.

Wir haben uns für den Klimaplan 2040 eingesetzt und erwarten uns, dass dieser ab dem nächsten Jahr auch umgesetzt wird. Im Bereich des leistbaren Wohnens gibt es zwar punktuelle Maßnahmen, die das Problem der Wohnungsnot aber nicht lösen werden. Nicht einverstanden sind wir mit der Anhebung der Tarife für privatärztliche Leistungen in öffentlichen Krankenhäusern. Wir warten noch auf die Details zur Aufstockung der niedrigen Renten, wissen aber bereits, dass unsere Forderungen nur zum Teil angenommen worden sind. Eine schnelle Umsetzung war wichtiger als soziale Gerechtigkeit. Im neuen Jahr werden wir nicht lockerlassen und unsere Rolle einfordern. Im Frühjahr steht der Landeskongress an, bei dem wir die gewerkschaftlichen Ziele und das Arbeitsprogramm der nächsten vier Jahre beschließen.

Donatella Califano

Ein jugendgerechterer Arbeitsmarkt

Südtirol braucht einen attraktiven Arbeitsmarkt, auch und gerade für Jugendliche. Notwendig ist ein Mix aus Maßnahmen und Rahmenbedingungen: höhere Löhne, flexible Arbeitszeiten, ein motivierendes Arbeitsklima, bezahlbarer Wohnraum.



Foto © Lomb - stock.adobe.com

Brain-Drain, Fachkräftemangel und demografischer Wandel sind Begriffe, die seit Jahren in aller Munde sind. Und mit ihnen die Fragen, wie sich diese Trends auf den Arbeitsmarkt in Südtirol auswirken und welche Ursachen dahinterstecken. Was muss den Jugendlichen geboten werden, damit sie sich im Südtiroler Arbeitsmarkt stabilisieren, und wie attraktiv sind die Arbeitsplätze in diesem Land?

Etlche Studien von Seiten verschiedener Forschungsinstitute und Institutionen haben in den letzten Jahren versucht, diese Fragen zu beantworten. Die Abteilung Arbeitsmarktservice des Landes hat 2023 eine umfangreiche und detaillierte Publikation zum Thema Jugend und Berufseinstieg veröffentlicht. Die Studie erfasst die Ausbildungs- und Berufswahl der Jugendlichen in

den vergangenen 10 Jahren. Am signifikantesten ist in diesem Zusammenhang der Befund, dass pro Jahr circa 1.000 Personen vor ihrem 30. Lebensjahr Südtirol verlassen – Tendenz steigend. Zielländer sind vor allem Österreich, Deutschland und die Schweiz.

Ein noch besorgniserregenderer Aspekt ist die Quote der Rückkehrer/innen. Lediglich 15-20% derer, die dem Exodus folgen, kehren im Schnitt nach 4 Jahren zurück. Außerdem sind rund die Hälfte aller Südtiroler Abwanderer/innen der Jahre 2004 bis 2023 Universitätsabsolventen, das heißt, dass

vor allem gut ausgebildete Arbeitskräfte das Land verlassen. In absoluten Zahlen bedeutet das, dass in den vergangenen 20 Jahren auf knapp 12.000 hochqualifizierte Südtiroler

Abwanderer/innen nur 2.700 Rückkehrer/innen mit einer vergleichbaren Qualifikation kommen. Die Ursachen für diesen Zustand gestalten sich vielseitig und komplex.

Beim Versuch, die Gründe für dieses Ungleichgewicht zu analysieren, wurden die Jugendlichen in der oben genannten Studie nach den Merkmalen befragt, die für einen attraktiven

Da es mathematisch belegt ist, dass es in den nächsten zehn Jahren circa 30.000

Rentner/innen mehr gibt als Berufstätige nachrücken, wird es umso wichtiger, einen Arbeitsmarkt in Südtirol zu schaffen, der den Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht wird.

Arbeitsplatz ausschlaggebend sind. Zu den zentralen Eigenschaften gehören demnach:

- › die Autonomie des Genusses der **Urlaubszeit**;
- › eine **gute Anbindung** mit dem öffentlichen Personennahverkehr;
- › die **Vereinbarkeit** von Familie und Beruf;
- › eine soziale und umweltfreundliche **Einstellung des Betriebs**;
- › das **Gehalt**.

Auf ähnliche Befunde kam die in diesem Jahr veröffentlichte Studie „Die Arbeitsplatzpräferenzen der Südtiroler Jugendlichen 2024“ des WIFO in Zusammenarbeit mit dem Südtiroler Jugendring und anderen Jugendorganisationen. Da die Jugend von heute – wie jede andere Generation – aufgrund unterschiedlicher Interessen und Bedürfnisse als heterogene Gruppe verstanden werden kann, unterteilt die WIFO-Studie auf Basis der Ergebnisse die Arbeitnehmer/innen in Südtirol folgendermaßen:

- › die „**Harmonieorientierten**“, für die das Arbeitsklima eine zentrale Rolle spielt;
- › die „**Gehaltsorientierten**“, die das Gehalt als wichtigstes Kriterium betrachten;
- › die „**Sicherheitsorientierten**“, bei denen ein unbefristeter Arbeitsvertrag und geregelte Arbeitszeiten am meisten ins Gewicht fallen;
- › die „**Karriereorientierten**“, für die ein Arbeitsplatz vor allem gute Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten bieten muss.

Da es mathematisch belegt ist, dass es in den nächsten zehn Jahren



Foto: © Zarya Maxim - stock.adobe.com

circa 30.000 Rentner/innen mehr gibt als Berufstätige nachrücken, wird es umso wichtiger, einen Arbeitsmarkt in Südtirol zu schaffen, der den Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht wird und damit verhindert, dass noch mehr junge Studenten und Arbeitnehmer/innen ihren Lebensmittelpunkt ins Ausland verlagern und nicht zurückkehren.

Um mit den Arbeitsmärkten anderer Länder – allen voran jenen im deutschsprachigen Raum – konkurrenzfähig zu sein, muss durch Verhandlungstätigkeit auf Landesebene und auf betrieblicher Ebene an verschiedenen Stellschrauben gedreht werden. Hier gilt es, die Einführung zusätzlicher fixer und flexibler Lohnelemente als wichtigen Faktor zu nennen, um das Lohnniveau der nationalen Kollektivverträge aufzubessern. Die Vereinbarkeit

von Beruf, Familie und Freizeit mit Hilfe einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung gehören ebenso dazu wie ein motivierendes und angenehmes Arbeitsklima und ein Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten.

Ein wichtiger Faktor ist die Einführung zusätzlicher fixer und flexibler Lohnelemente, um das Lohnniveau der nationalen Kollektivverträge aufzubessern.

Natürlich sind auch die Rahmenbedingungen eines Standortes ausschlaggebend. Hierbei gilt es in erster Linie, dem sich seit Jahren zuspitzenden Mangel an leistbarem Wohnraum entgegenzuwirken.

Dafür wäre ein Paradigmenwechsel im Bereich Wohnen notwendig, der aktuell jedoch nicht in Sicht ist. Emblematisch dafür ist der vor kurzem fertiggestellte Wohnturm in Bozen, der kläglich am Versuch gescheitert ist, leistbaren Wohnraum für Studenten zu schaffen.

Ivan Munerati
Young SGBICSL

Glas ist halb voll

Derzeit wird in Rom der Entwurf des Haushaltsgesetzes für 2025 diskutiert. Das Maßnahmenpaket ist insgesamt weder besonders gut noch besonders schlecht.

Die zur Verfügung stehenden Mittel sind zwar beschränkt, immerhin sind aber einige Maßnahmen im Entwurf enthalten, welche die CISL vorgeschlagen oder befürwortet hatte, wie die Senkung der Abgabenlast für Einkommen bis 40.000 Euro.

Die CISL hat in ihrer Bewertung des Haushaltsgesetzesentwurfs die positiven Aspekte herausgestellt, zugleich aber betont, dass im Parlament noch einige Inhalte verbessert werden müssen.

Zu den Zielen der CISL zählen Steuererleichterungen für den Mittelstand

über die Reduzierung des zweiten Einkommenssteuersatzes sowie die Inflationsanpassung der Renten.

Die CISL wird sich auch nach der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes über den sozialen Dialog für konkrete Verbesserungen zugunsten von Arbeitnehmer/innen und Rentner/innen einsetzen.

Haushaltsgesetz wird Neuerungen bringen

Das Parlament behandelt derzeit den Haushaltsgesetzesentwurf für 2025.

Geplant sind unter anderem auch Änderungen bei den Steuerbegünstigungen bei Sanierungsarbeiten.

Wir werden nach der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes über die Neuheiten informieren.

Mindestrenten, IRAP und mehr Geld

Aus gewerkschaftlicher Sicht sind drei politische Maßnahmen im Landeshaushalt von besonderer Bedeutung.

Erhöhung der niedrigen Renten – so nicht optimal

Diese Maßnahme stand schon seit langem im Raum. Jetzt, wo die technischen Aspekte geklärt sind, will das Land die Renten unter 1.000 Euro mit Haushaltsmitteln aufstocken. Wir begrüßen die Zielsetzung, haben aber darauf gepocht, dass die Unterstützung an die Einkommens- und Vermögenssituation gebunden wird. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Unterstützung auch an diejenigen geht, die sie wirklich brauchen. Die Höhe der Leistung hätte unserer Überzeugung nach auch von der Anzahl der Beitragsjahre abhängen sollen – dieses Kriterium wird aber leider nicht zur Anwendung kommen.



IRAP-Reduzierung als Anreiz für mehr Zusatzverträge und höhere Entlohnungen

Die Politik hat die Anregung der Gewerkschaften umgesetzt, wonach nur jene Unternehmen die Reduzierung der IRAP-Steuer für 2025 beanspruchen können, die ein (mit den Gewerkschaften verhandeltes) zusätzliches territoriales Lohnelement an ihre Mitarbeiter/innen auszahlen.

Unser Ziel ist es, mit diesem Anreiz im Rücken mehr Landes- und Betriebsabkommen abschließen zu können zugunsten der Beschäftigten, die bisher noch kein zusätzliches territoriales Lohnelement bekommen haben.

Mehr Geld für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Für den Bereichsübergreifenden Kollektivvertrag des Dreijahreszeitraums 2025-2027 sind 450 Millionen Euro vorgesehen. Diese Geldmittel reichen aber nicht aus, weder für den vollen Inflationsausgleich noch für Lohnerhöhungen. Die Gewerkschaften fordern zusätzliche Geldmittel und strukturelle Lohnerhöhungen statt Einmalzahlungen.

Befürchten einen Boomerang-Effekt

Werden die freiberuflichen, in öffentlichen Krankenhäusern erbrachten Privatleistungen ("Intramoenia") teurer, steigt auch das Risiko, dass die öffentlichen Wartelisten länger werden statt kürzer.



Hohe Wellen geschlagen hat die Ankündigung des Landes, die Tarife der freiberuflichen innerbetrieblichen Tätigkeit "Intramoenia"* von mindestens 90 auf 120 Euro anheben zu wollen (ebenso die Höchstgrenze auf 300 Euro) sowie diese Tätigkeit auch auf bestimmte ambulante chirurgische Eingriffe auszudehnen.

Diese Art von Tätigkeit war eingeführt worden, um die Wartelisten des öffentlichen Gesundheitsdienstes abzubauen. Die Politik hat zwar zugesichert, dass jene, die auf Therapien oder chirurgische Eingriffe warten, nicht von Intramoenia-Patienten überholt werden; trotzdem halten wir diese Maßnahme für falsch und gefährlich: Durch die Anhebung der Tarife nähert sich die freiberufliche innerbetriebliche Tätigkeit weiter an die Privatsanität an, wodurch sich immer mehr Menschen diese Art von Leistungen nicht leisten können, während die Vorzugsschiene für finanziell besser Gestellte ausgebaut wird.

So droht das Gegenteil dessen, was man zu erreichen beabsichtigt hat und das eigentliche Ziel der „Intramoenia“ war, nämlich die Reduzierung der Wartelisten.

"Wenn die Tarife steigen, werden sich immer weniger Bürger eine freiberufliche Leistung in öffentlichen Strukturen leisten können, was die Wartelisten des öffentlichen Gesundheitsdienstes zusätzlich verlängert. Wir laufen Gefahr, ein paralleles Gesundheitswesen zu schaffen, das sich aber nicht jeder leisten kann. Dies würde das Prinzip eines für alle gleich zugänglichen öffentlichen Gesundheitswesens untergraben."

Donatella Califano

Baugewerkschaft lädt wieder zu Ortsversammlungen

Sich während der Lohnausgleichszeit in lockerer Atmosphäre über wichtige Themen und Neuerungen informieren zu können: das ist das Erfolgsrezept der Ortsversammlungen, welche die Baugewerkschaft FILCA SGBICISL alljährlich im Januar organisiert – seit nunmehr 30 Jahren. Die

traditionellen Informationstreffen werden auch 2025 wieder in vielen Orten Südtirols angeboten.

Dabei geht es um eine Reihe interessanter Themen: Südtiroler Sanitätsfonds, Haushaltsgesetz, Vertragsverhandlungen Bauindustrie und

Bauhandwerk, die Leistungen der Bauarbeiterkasse uvm.

Die Mitglieder der Baugewerkschaften werden per SMS zu den Ortsversammlungen eingeladen, online sind die genauen Termine auch auf www.sgbicisl.it zu finden.

Bonusse reichen nicht

Mit dem „Bonus Natale“ für lohnabhängige Arbeitnehmer/innen gibt es im Dezember wieder einen Bonus. Besser als medienwirksame Einmalzahlungen ist aber eine strukturelle Familienförderung.

Besser als nichts. Eine große Hilfe für die Familien wird der 100-Euro-Bonus aber nicht sein, den die anspruchsberechtigten Arbeitnehmer/innen im Dezember mit dem 13. Monatsgehalt bekommen. Eher ein Tropfen auf den heißen Stein. Dafür viele Schlagzeilen. Groß war die Aufmerksamkeit, die dem „Bonus Natale“ zuteilgeworden ist.

Wie suche ich an? Werde ich heuer mit meinem Einkommen noch unter 28.000 Euro liegen und Anspruch haben? Welche Einkommen werden überhaupt berücksichtigt? Zu den vielen Fragen der Bürger kam dann Mitte November noch per Dekret die Änderung einer wesentlichen Zugangsbedingung: Die Voraussetzung eines zu Lasten lebenden Ehepartners wurde gestrichen, was die Zahl der anspruchsberechtigten Familien erheblich erhöht hat. Absurd: Bei verheirateten und zusammenlebenden Eltern kann nur ein Elternteil den Bonus erhalten, auch wenn beide die Voraussetzungen erfüllen, bei nicht zusammenlebenden Eltern hingegen beide.



Foto © Ambrophoto - stock.adobe.com

Fazit: viel Aufwand und Aufhebens für eine doch recht komplexe und – gemessen an den Lebenshaltungskosten – bescheidene, einmalige Unterstützung. Eine auf Einmalzahlungen basierende Familienförderung ist weder wirksam noch weitsichtig. Was es braucht, sind dauerhafte Maßnahmen und Unterstützungsleistungen, die sich nach der Bedürftigkeit richten.

Fachgewerkschaft FEMCA

Neue Führungsspitze

Die Fachgewerkschaft Chemie/Textil FEMCA SGBCISL hat seit Oktober eine neue Spitze. Der Generalrat bestimmte den nationalen FEMCA-Organisationssekretär Giovanni Rizzuto zum geschäftsführenden Verantwortlichen. Auf lokaler Ebene ist Ivan Munerati für die Fachgewerkschaft verantwortlich.

Der Generalrat bedankte sich beim scheidenden FEMCA-Landessekretär Klaus Kaneider für seinen langjährigen Einsatz. Kaneider war aus dem Amt ausgeschieden, weil er die Altersgrenze erreicht hatte.



Am Podium: Giovanni Rizzuto, Klaus Kaneider und Ivan Munerati

Rentnergewerkschaft

Martha Regele neue Landessekretärin



Das Sekretariat der Rentnergewerkschaft: Maurizio Cultraro, Martha Regele, Josef Gutmann

Die Rentnergewerkschaft FNP hat im September nach dem altersbedingten Rücktritt von Landessekretärin Anna Rita Montemaggiore das Sekretariat neu gewählt. Neue Landessekretärin ist Martha Regele, zum stellvertretenden Generalsekretär ist Josef Gutmann gewählt worden. Neu im dreiköpfigen Landessekretariat der Rentnergewerkschaft ist Maurizio Cultraro. Zu den Zielen und Schwerpunkten zählen der Schutz der Kaufkraft der Renten, ein funktionierendes Gesundheitswesen, das aktive Altern

Was passiert mit meinem Resturlaub?

Was passiert mit Resturlaub, wann verfällt Urlaub? Vera Agostinelli von der Fachgewerkschaft Fisascat – Handel Gastgewerbe Dienstleistungen – antwortet kurz und bündig auf diese Fragen.



Foto © PhotosG - stock.adobe.com

Was passiert, wenn ich zum Jahresende noch Urlaub übrig habe?

Grundsätzlich muss der Arbeitnehmer im Laufe des Jahres der Anreicherung mindestens zwei Wochen Urlaub beanspruchen. Der Resturlaub kann innerhalb der darauffolgenden 18 Monate beansprucht werden. Gesetzlich ist geregelt, dass jeder Arbeitnehmer Anspruch auf mindestens vier Wochen Urlaub pro Jahr hat. Die Kollektivverträge können mehr Urlaubstage vorsehen.

Und wenn nach den 18 Monaten noch Urlaub übrig ist?

Resturlaub geht nicht verloren. Solange das entsprechende Arbeitsverhältnis besteht, ist die Auszahlung von nicht genossenen Urlaubstagen laut Gesetz aber nicht möglich. Erst bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses kann Resturlaub ausgezahlt werden.

Das Gesetz verbietet die Auszahlung nicht genossener Urlaubstage während eines laufenden Arbeitsverhältnisses, weil es das Recht

des Arbeitnehmers auf Gesundheit schützt: Urlaub dient der psychophysischen Erholung der Arbeitnehmer. Eine Ausnahme sind befristete Arbeitsverhältnisse mit einer Laufzeit unter einem Jahr: in diesem Fall ist es möglich, angereichten Urlaub nicht zu nehmen und sich diesen bei Vertragsende auszahlen zu lassen.

Wann verfällt Urlaub?

Diese Frage hat der Europäische Gerichtshof beantwortet: Wenn der Arbeitgeber nachweisen kann, dass der Arbeitnehmer, „willentlich und mit vollem Wissen“ – auf zustehenden Urlaub verzichtet hat, obwohl er diesem die Möglichkeit gegeben hat, sein Recht auf Urlaub auch wahrzunehmen, dann erlischt das Anrecht auf Auszahlung des Resturlaubs bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Dass der Arbeitnehmer keinen Urlaub beantragt hat, reicht allein nicht aus, damit Resturlaub verfällt. Die Entscheidung des Arbeitnehmers auf Urlaubsverzicht muss willentlich und bewusst erfolgen.

Was ist, wenn ich kündige und noch Resturlaub habe?

Auch zur Frage nicht beanspruchter Urlaubstage bei Kündigung hat sich der EU-Gerichtshof geäußert: Die Ausgleichszahlung steht immer zu, auch wenn es der Arbeitnehmer ist, der das Arbeitsverhältnis beendet.



Vera Agostinelli

Ein Landesabkommen soll es richten

Die Arbeitsbedingungen der Busfahrer/innen des öffentlichen Nahverkehrs stehen immer wieder im Blickpunkt. Über Zusatzverträge wollen wir die Löhne anheben und die Arbeitsbedingungen verbessern, sagt Günther Pallhuber von der Transportgewerkschaft FIT.



Günther Pallhuber

Günther, die Situation der Busfahrer/innen ist immer wieder Thema. Wie sieht es aus?

Es herrscht Personalmangel, die Arbeitsbelastung ist hoch, viele fahren wegen des starken innerstädtischen Verkehrs dem Fahrplan hinterher, es gibt lange Dienstspannen, das Personal ist täglich Aggressionen ausgesetzt und nicht zuletzt ist das Lohnniveau wegen der hohen Lebenshaltungskosten in Südtirol ein Problem. Einiges ist aber erreicht worden. Einige Betriebe zahlen höhere Löhne, entweder weil wir ein Betriebsabkommen abschließen konnten oder weil die Unternehmen ihre Fahrer halten wollen. Was die Sicherheit angeht, haben die neuen Busse jetzt eine Fahrerkabine, das Kontrollpersonal ist mit Bodycams ausgestattet und auf kritischen Linien, vor allem nachts, fährt Sicherheitspersonal mit.

Wie laufen die Vertragsverhandlungen?

Wir wollen die betriebliche Verhandlungsebene ausbauen. Wir haben

gerade ein Abkommen mit SASA für höhere Löhne unterzeichnet. Jetzt, da der wirtschaftliche Teil des Kollektivvertrags des öffentlichen Personennahverkehrs erneuert ist, möchten wir noch mehr Betriebsabkommen abschließen. Unser großes Ziel bleibt das Landesabkommen, das für die Beschäftigten aller Busunternehmen gelten sollte. Darauf drängen wir seit Jahren.

Was soll dieses Landesabkommen bringen?

Wir fordern ein Zusatzlohnelement in der Größenordnung von 300 Euro. Neben höheren Löhnen wollen wir auch bessere Arbeitsbedingungen erreichen. Wir möchten die im nationalen Kollektivvertrag festgelegte Dienstspanne von täglich 15 Stunden reduzieren. 12 Stunden müssen reichen. Der Arbeitstag ist lang, die Pausen werden nicht entlohnt, und wir haben Extremfälle, in denen vier effektiven bezahlten Arbeitsstunden bis zu elf Stunden Pause gegenüberstanden sind. Außerdem wollen wir die Bestimmungen vereinheitlichen, derzeit ist vieles von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich geregelt.

Wie attraktiv ist ein Job in diesem Sektor?

Das Land will auf den öffentlichen Personennahverkehr setzen und diesen ausbauen. Das wird nur über bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne gelingen. Generell muss gesagt werden, dass es immer schwieriger ist, junge Menschen für Jobs im öffentlichen Personennahverkehr zu finden. Junge

Arbeitssuchende meiden meist Schichtarbeit sowie Wochenend- und Feiertagsdienste. Die Politik ist auch gefordert. Wir haben vor knapp einem Jahr um ein Treffen mit Landesrat Daniel Alfreider angefragt, um verschiedene Probleme im öffentlichen Personennahverkehr anzugehen, vom Fahrer-mangel bis zur Sicherheit. Wir warten immer noch auf die Einladung. Wir wollten mit dem Land auch eine Kampagne starten zur Aufwertung der Berufsbilder bei Bus und Bahn. Dieses Projekt ist aber leider versandet. Dabei wäre es im Interesse des Landes, in diesen wichtigen Bereich zu investieren. Da fühlen wir uns etwas allein gelassen.

Wie schwer ist Gewerkschaftsarbeit in diesem Kontext?

Wir haben in Südtirol circa 25 Busbetreiber und Konsortien mit vielen Mitgliedsbetrieben, von denen einige ein bis zwei Fahrer beschäftigen. Bei den Fahrern herrscht ein Kommen und Gehen. Wegen des Personalmangels werben sich die Betriebe die Busfahrer gegenseitig ab, indem sie ihnen Zusatzleistungen bieten und Arbeitsverträge individuell aushandeln. All das macht es für uns nicht leichter, Busfahrer in die Gewerkschaft einzuschreiben, die Berufsgruppe kollektiv zu vertreten und Gewerkschaftsarbeit zu machen, die alle weiterbringt. Wir kämpfen aber weiter für unsere Ziele, allen voran das Landesabkommen für alle Busfahrer/innen.

Arbeitsplätze retten, Wettbewerbsfähigkeit sichern

Die Krise der Automobilbranche wirkt sich auch auf die Zulieferer in Südtirol aus. Die Gewerkschaften fordern die Politik auf, die Branche zu stützen.

Die Automotive-Branche macht derzeit bewegte Zeiten durch: Am 18. und 25. Oktober hatten die Gewerkschaften des Sektors Metall und Chemie einen einheitlichen Streik ausgerufen, als Reaktion auf die unsichere Zukunft der Automobilbranche in Italien. Auf nationaler Ebene sind circa 25.000 Arbeitsplätze gefährdet, da die sozialen Abfederungsmaßnahmen in vielen Unternehmen gerade auslaufen. Die Krise trifft nicht nur die Automobilhersteller, sondern auch die gesamte Zuliefererbranche.

Die Metallgewerkschaften FIM CISL, FIOM CGIL und UILM haben am 18. Oktober einen einheitlichen Streik ausgerufen, zum einen, um auf die tiefe Krise der Automobilbranche in Italien und in ganz Europa aufmerksam zu machen, und zum anderen, um die Politik aufzufordern, konkrete Maßnahmen zum Schutz der Arbeitsplätze und zur Aufrechterhaltung dieses wichtigen Sektors der nationalen Wirtschaft zu beschließen.

Stellantis, der Zusammenschluss der Automobilkonzerne Fiat Chrysler Automobiles (FCA) und Groupe PSA, hat im Laufe der letzten Jahre massive öffentliche Subventionen erhalten. Die Ankündigung von Stellantis, Werke schließen und die Produktion auslagern zu wollen, hat die Gewerkschaften zum Streik, dem schärfsten Mittel des Protestes greifen lassen. Da nicht nur die Automobilherstellung im engeren Sinne von der Krise betroffen ist, sondern auch die Zulieferer, sind die Fachgewerkschaften FEMCA, UILTEC und FILCTEM dem



Beispiel der Metallgewerkschaften gefolgt und haben am 25. Oktober einen einheitlichen Streik ausgerufen, um auf die fatalen Auswirkungen aufmerksam zu machen, welche die unsichere wirtschaftliche Lage der Automobilbranche auf die Zulieferer der Sektoren Gummi, Kunststoff, Glas, Chemie und Lederherstellung hat. Allein in diesen Sektoren sind italienweit 45.000 Arbeitnehmer/innen beschäftigt.

Auch Südtirol bleibt von der prekären Situation der Automobilindustrie nicht verschont. Die Autozulieferer sind ein wichtiger Baustein der lokalen Wirtschaft: über 15 Prozent aller Exporte in Südtirol kommen von der Automotive-Industrie; über 16.000 Mitarbeitende sind direkt oder indirekt im Automotive- und Automationssektor tätig. Aufgrund der instabilen Marktlage haben einige Autozulieferer bereits Personal in Lohnausgleich überstellt. Vor allem die stotternde Fahrzeugproduktion

in Deutschland setzt einigen lokalen Unternehmen arg zu.

Um in den nächsten Jahren Entlassungen zu verhindern und die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors zu sichern, fordern die Gewerkschaften folgende Maßnahmen:

- › eine vollständige Wiederherstellung des Automotive-Fonds, welcher im Entwurf des Haushaltsgesetzes gekürzt wurde;
- › Verlängerung der sozialen Abfederungsmaßnahmen, um Massenentlassungen zu verhindern;
- › Investitionen in Forschung und Entwicklung, um auf internationaler Ebene konkurrenzfähig zu bleiben;
- › Weiterbildungsmaßnahmen zur Förderung neuer Fachkompetenzen;
- › die Reduzierung der Strompreise für energieintensive Unternehmen.

Ivan Munerati
FEMCA SGBICSL

„Es ist dein Geld!“

Der **SGBCISL** bietet in Zusammenarbeit mit **PensPlan Infopoints** zur Zusatzrente an. Wir haben einige **Fakten und Tipps** zu diesem Dienst **zusammengetragen**.

Wie viele Beratungen werden jährlich in den Pensplan-Infopoints der SGBCISL-Sitze gemacht?

Im Jahr 2024 werden es rund 1.500 Beratungen sein.

Wie funktioniert ein Beratungsgespräch?

Termine können in den Sitzen vorgemerkt werden, die Beratung ist kostenlos, unverbindlich und dauert zwischen einer halben Stunde und einer Stunde, je nachdem, welche Fragen erörtert werden. Dabei geht es darum, die individuelle Situation zu beleuchten und verschiedene Möglichkeiten aufzuzeigen.

Wer kommt in die Infopoints und mit welchen Fragen?

Hauptsächlich sind es junge Arbeitnehmer, die sich für die Einschreibung in einen Zusatzrentenfonds interessieren,



Foto: © doris bredow - stock.adobe.com

und ältere Fondsmitglieder, die kurz vor der Pensionierung stehen. Es geht um Fragen wie: Welche Auszahlungsmodalität ist möglich? Soll ich jetzt noch Investitionslinie wechseln? Zahlt es sich aus, zusätzliche freiwillige Beiträge einzuzahlen und diese steuerlich abzuziehen?

Welche Leistung ist weitgehend unbekannt und wird kaum beansprucht?

Die Region unterstützt Fondsmitglieder in bestimmten Situationen, etwa bei Lohnausgleich oder Arbeitslosenzeiten, und zahlt ihnen für diese Zeiträume Beiträge in den Fonds ein. Nur wenige Anspruchsberechtigte suchen aber für diese Unterstützung an.

Ein Tipp für Arbeitnehmer, die bereits Fondsmitglied sind?

Viele schauen sich die eigene Versicherungsposition jahrelang nicht an. Das ist aber wichtig, es ist Geld, das sie in die eigene Altersabsicherung investieren. Daher der Rat, die eigene Position immer wieder anzuschauen und dabei zu bewerten, wie sie sich entwickelt hat und welche Ziele man erreichen möchte.

Ein Tipp für Arbeitnehmer, die noch nicht Fondsmitglied sind?

Die Rente wird zukünftig geringer ausfallen. Deshalb ist es ratsam, sich rechtzeitig mit der Absicherung im Alter auseinanderzusetzen und sich über die Vorteile einer Zusatzrente zu informieren. Dies gilt besonders für Frauen und Jugendliche, die öfters beschäftigungslose Zeiträume haben und somit weniger Beiträge für die Rente einzahlen.

Meran/Vinschgau

An das Morgen denken!

Die Renten standen im Mittelpunkt der Bezirksdelegiertentagung, die am 29. November in Meran stattgefunden hat. In ihren Beiträgen gingen die geladenen Referentinnen und Referenten unter anderem auf die Grundlagen des Rentensystems, das Risiko der Altersarmut und die Zusatzrenten ein.

Fazit der Delegiertentagung: Die Altersabsicherung darf nicht unterschätzt werden. Es ist wichtig, dass die Arbeitnehmer/innen heute schon an das Morgen denken und sich informieren, auch über die Zusatzrente.



Im Bild von links: Donatella Califano (SGBCISL-Generalsekretärin), Ulrike Egger (stv. Bezirkssekretärin), die Referent/innen Luisa Gnechi (INPS-Verwaltungsrat), Uwe Staffler und Angelika Carfora (Laborfonds), Rudi Nöckler (Patronat INAS) sowie Bezirkssekretärin Hilde Stecher.

Ginko: Ein Laden für Gemeinschaft, Nachhaltigkeit und Nahversorgung

Im Meraner Stadtviertel Maria Himmelfahrt entsteht ein einzigartiges Projekt: Die Sozialgenossenschaft Ginko belebt einen leerstehenden Lebensmittelladen wieder und schafft damit nicht nur eine Einkaufsmöglichkeit, sondern auch einen Ort der Begegnung und der Gemeinschaft.

Der Name „Ginko“ wurde bewusst gewählt. Die Ginkgo-Bäume, die in Meran häufig anzutreffen sind, symbolisieren Hoffnung, Widerstandsfähigkeit und Langlebigkeit. Diese Werte spiegeln auch die Philosophie der Genossenschaft wider: Ein Projekt mit Hartnäckigkeit und Optimismus voranzutreiben.

Die Idee von „Ginko“ hat viele Wurzeln. Zum einen will man so vielen Menschen als möglich den Zugang zu nachhaltig und fair produzierten Lebensmitteln gewährleisten. Aus diesem Grund werden die Lebensmittel, die dort verkauft werden, von den sogenannten GAS-Gruppen bezogen. Hierbei handelt es sich um solidarische Einkaufsgruppen, bestehend aus Einzelpersonen und Familien, welche die Produkte in Sammelbestellungen direkt beim Bauern bestellen und so ohne Zwischenhändler auskommen. Hier stehen Werte wie Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit im Vordergrund. Zum anderen leben im Stadtteil Maria Himmelfahrt viele ältere Menschen, die auf eine wohnortnahe Versorgung angewiesen sind. Auch diese Tatsache trug zu der Idee bei, das seit Jahren leerstehende Geschäft wiederzubeleben. Doch der Laden soll nicht nur eine Einkaufsmöglichkeit bieten, sondern auch ein Ort der Begegnung sein – ein Raum, der das soziale Leben im Viertel bereichert und das Gemeinschaftsgefühl stärkt und gleichzeitig qualitativ hochwertige und fair produzierte Lebensmittel anbietet.

Die Realisierung des Geschäfts selbst ist ein Gemeinschaftsprojekt. Im Frühjahr 2023 hat die Sozialgenossenschaft an einer nationalen Ausschreibung der Legacoop 10.000



Im Bild das zukünftige Geschäft sowie das Logo der Sozialgenossenschaft

Euro gewonnen, im Juni desselben Jahres konnten durch eine erfolgreiche Crowdfunding-Kampagne weitere 20.000 Euro gesammelt werden. Die Finanzierung basiert außerdem auf Mitgliedsbeiträgen und Spenden. „Ginko“ ist ohne Gewinnabsicht, es muss aber kostendeckend gewirtschaftet werden.

Die Geschäftsräume selbst sollen neben Einkaufsmöglichkeit und Treffpunkt auch ein Ort der Fort- und Weiterbildung werden. Ziel ist es, Vorträge, Kurse und Workshops zu Themen wie Gemeinwohl, Nahrung und Wohlbefinden anzubieten, welche Menschen nicht nur zusammenbringen, sondern auch Wissen vermitteln und ihren Alltag sowie ihre Lebensqualität verbessern sollen. Somit stehen auch das gemeinsame Lernen und der soziale Austausch im Mittelpunkt.

Geplant ist, dass eine Person hauptamtlich dort arbeiten soll, unterstützt durch mehrere ehrenamtliche Mitarbeiter*innen. Somit wird es auch eine Gemeinschaftsleistung werden, den Laden regelmäßig offen

halten zu können. Die genauen Öffnungszeiten stehen noch nicht fest, sie sollen jedoch so bürgerfreundlich wie möglich werden.

Die Räumlichkeiten selbst sind im Besitz des Wohnbauinstitutes, welches den notwendigen Umbauarbeiten zugestimmt hat. Die Eröffnung ist für das Frühjahr 2025 geplant. Wer das Projekt unterstützen möchte, kann Mitglied in der Sozialgenossenschaft werden, diese durch eine kleine Spende unterstützen oder auch mithelfen. Interessierte können sich melden unter office@ginko-merano.org.

Es ist auch möglich, dem Projekt auf Facebook (Ginko Meran_o) oder Instagram (ginko_meran_o) zu folgen. Auf diesen Kanälen werden auch regelmäßig die gemachten Fortschritte veröffentlicht!

Omar Covi
SGBCISL Meran

Kaiserau: ein Viertel mit großem Potential

Valter Rigon engagiert sich für das Bozner Stadtviertel Kaiserau, in dem er auch selbst wohnt. Wir haben mit ihm über die Situation und die Entwicklungsmöglichkeiten dieses Stadtviertels gesprochen.

Kaiserau präsentiert sich als ein Viertel, das viele Herausforderungen meistern muss, aber auch viel Entwicklungspotential hat. Kaiserau ist gemeinsam mit dem angrenzenden Gebiet rund um die Ortlerstraße zu einer Zone geworden, in der sich verschiedene Geschichten, Kulturen und Bedürfnisse begegnen. Die Bevölkerung ist aus vielen ethnischen Gruppen zusammengesetzt, die aus unterschiedlichen Ländern stammen, jede mit eigenen Bräuchen und Traditionen, was das Viertel zu einer Art interkulturellem Mosaik macht. Dies stellt zwar eine Chance dar, mitunter kann es aber auch schwierig sein, zum Dialog und zu einem harmonischen Zusammenleben zu finden.

Zu den Stärken Kaiseraus zählt für Rigon der gut funktionierende Kindergarten, der auch Familien aus anderen Vierteln anlockt, was dessen Qualität unterstreicht. Gelungen ist die Aufwertung des Anita-Pichler-Platzes, wo es früher Probleme in Bezug auf die Sicherheit gegeben hatte, und der jetzt dank einiger Maßnahmen und mit einer neu eröffneten Bar und einem Supermarkt ein lebenswerter Ort ist, der als sicher empfunden wird und der den Bürgern als gesellschaftlicher



Blick über den Platz, der nach der Schriftstellerin Anita Pichler benannt ist

Mittelpunkt dient. Zudem hat die Zusammenarbeit mit Kultur- und Sportvereinen dem Viertel einige bereichernde Aktivitäten gebracht.

Es gibt aber auch kritische Aspekte. Die Bürger empfinden ein gewisses Desinteresse für ihr Viertel vonseiten der Institutionen, so Rigon, was durch den Mangel grundlegender Dienste verstärkt wird. Ein dringendes Problem betrifft die Vandalenakte von Jugendbanden, wie etwa die Schäden am Zugbahnhof, die Unsicherheit stiften. Es fehlen weiters Geschäfte oder weitere Treffpunkte, was das Viertel etwas isoliert. Die politische Entscheidung, das Bürgerzentrum in Firmian anzusiedeln, hat dieses Gefühl der Ausgrenzung weiter verstärkt, Kaiserau

muss ohne diese bürgernahe Einrichtung auskommen. Problematisch ist schließlich auch das Verhalten mancher Bürger, welche öffentliches Eigentum geringachten, wodurch sich Kaiserau nicht immer von seiner besten Seite zeigen kann.

Perspektiven

Kaiserau hat aber trotz dieser Schwierigkeiten die Voraussetzungen, um ein Vorbild für Zusammenleben und für Stadtentwicklung zu werden. Die kulturelle Vielfalt könnte eine Stärke des Viertels darstellen, den Dialog fördern und das Zugehörigkeitsgefühl stärken. Der Einsatz von engagierten Bürgern wie Valter Rigon und die Arbeit der verschiedenen Vereine im Viertel sind ermutigende Zeichen für eine positive Entwicklung. Es ist aber notwendig, dass die Institutionen die Bedürfnisse des Viertels anerkennen und gezielte Maßnahmen setzen. Dazu zählen mehr Sicherheit, Anreize für die Ansiedlung neuer Geschäfte und Schaffung neuer Orte der Begegnung. Nur so wird Kaiserau sein Potential voll ausschöpfen und entfalten können und zu einem Beispiel für Integration und urbane Innovation werden.



Der 2013 eröffnete Zugbahnhof Kaiserau

Michael Raveane
Bezirkssekretär Bozen/Unterland

Wohnen, Soziales und Auftragsvergabe sind vorrangige Themen

Das Bezirkssekretariat des SGBCISL-Bezirks Eisack/Rienz hat sich in den letzten Monaten in Zusammenarbeit mit der Fachgewerkschaft Handel-Gastgewerbe-Dienstleistungen (FISASCAT) und der Rentnergewerkschaft (FNP) mit politischen Akteuren sowie VertreterInnen von anderen Institutionen getroffen, um wichtige Themen zu besprechen.

Die Fachgewerkschaften des SGBCISL vertreten ihre Mitglieder gegenüber den Arbeitgebern in wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Belangen. Daneben hat der SGBCISL die Aufgabe, die Interessen aller SGBCISL-Mitglieder gegenüber der Politik auf Landes- und Bezirksebene zu vertreten. Dabei geht es um alle gesellschafts- und sozialpolitisch relevanten Themen, welche das tägliche Leben der ArbeitnehmerInnen betreffen. Auf Landesebene haben die Landessekretäre des SGBCISL diese Aufgabe: Sie stehen im Austausch mit Politik und Institutionen, bringen Forderungen ein und bewerten die Arbeit der Landesregierung sowie den Landeshaushalt. Auch auf lokaler Ebene findet ein solcher Austausch statt, und zwar zwischen dem Bezirkssekretariat und den lokalen VertreterInnen von Politik und Institutionen. Dies war auch 2024 der Fall.

Im April konnten Agnes Huber, Gianluca Da Col und Josef Untermarzoner bei einer Sitzung des Bezirksrates der Bezirksgemeinschaft Pustertal zwei Anliegen vorbringen. Das erste betraf das Thema Wohnen, konkret ging es um ein Projekt mit dem Ziel, im Pustertal ein Arbeiterwohnheim einzurichten für Personen, die aus Arbeitsgründen ins Pustertal kommen, da diese bei der Wohnungssuche auf große Probleme stoßen. Zweitens haben wir auf die Folgeprobleme hingewiesen, welche bei der Auftragsvergabe durch öffentliche Stellen (z.B. Gemeinden) entstehen und mit denen wir als Gewerkschaft täglich konfrontiert sind, besonders im Billiglohnssektor, wo Lohndumping und schlechte Arbeitsbedingungen leider keine Seltenheit sind. Beide Themen wurden im Laufe des Jahres

weiterverfolgt. Zum Thema Wohnen gab es einen Austausch mit der Gemeinde Bruneck und der Caritas, welcher sehr fruchtbar war. Das Arbeiterwohnheim ist noch nicht realisiert, soll aber jetzt im Rahmen einer Bürgergenossenschaft wieder zum Thema gemacht werden. Ebenso gab es Verhandlungen mit der Gemeinde Bruneck zur Auslagerung eines Dienstes von Seiten der Gemeinde, wo es einige Probleme gab.

Im September traf das Bezirkssekretariat gemeinsam mit VertreterInnen der Rentnergewerkschaft FNP die für die Bereiche Soziales, Familien, Senioren und Genossenschaften zuständige Landesrätin Rosmarie Pamer. Besprochen wurden dabei neben den Themen Wohnen und öffentliche Auftragsvergabe auch die Frage der Pflege und Betreuung von älteren Menschen. Wir konnten einige Anregungen angesichts der Situation im Bezirk einbringen. Diese Themen sind von südtirolweiter Relevanz und werden auf Landesebene vom Landessekretariat des SGBCISL verfolgt.

In Brixen wird der Austausch zwischen der Gemeinde und den Gewerkschaften, welcher schon seit einigen Jahren besteht, auch mit der neuen Stadtregierung weitergeführt. Hier gibt es jährliche Treffen, bei denen Themen wie die Tarifpolitik der Gemeinde, sozialer Wohnbau, der Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen, geplante Projekte und andere aktuelle Probleme auf der Grundlage eines Forderungskataloges diskutiert werden. Eine positive Entwicklung in Brixen betrifft die Stadtwerke, welche den Reinigungsdienst an ein externes Unternehmen ausgelagert hatten und das Personal nun im Zuge einer Internalisierung direkt übernommen haben.

Alle diese Themen werden selbstverständlich auch in Zukunft auf allen Ebenen weiterverfolgt.

Josef Untermarzoner
SGBCISL Eisack/Rienz



Das Bezirkssekretariat und Vertreter der Fachgewerkschaft FNP beim Treffen mit Landesrätin Rosmarie Pamer

Steuererklärungen und vieles mehr

Die Steuerbeistandszentrum CAF des SGBCISL hat kürzlich sein 25jähriges Bestehen gefeiert. Zu diesem Anlass haben wir bei Präsident Eduard Wieser nachgefragt.

Edi, wie ist es vor 25 Jahren zur Gründung des Steuerdienstes CAF des SGBCISL gekommen?

Es war rechtlich nicht mehr möglich, als Gewerkschaft Steuererklärungen abzufassen. Deshalb musste eine Gesellschaft gegründet werden, was dann neue Herausforderungen gebracht hat. So musste beispielsweise Personal direkt angestellt und eine Reihe von Mehrkosten gestemmt werden.

Wie viele Steuererklärungen werden jährlich gemacht?

Wir fassen pro Jahr weit über 30.000 Steuererklärungen ab, fast ausschließlich für unsere Mitglieder. Unser Steuerdienst ist auf die SGBCISL-Mitglieder ausgerichtet, und wir versuchen, den Preis für die Abfassung der Steuererklärung für sie so niedrig wie möglich zu halten.

Was sind die Unterschiede zu früher?

Früher dauerte die Steuerklärungszeit zwei Monate, jetzt sechs Monate, von April bis September. Während man vor einigen Jahren noch einfach ins Büro kommen konnte, um die Steuererklärung abzufassen, wird jetzt aus organisatorischen Gründen nur noch auf Termin gearbeitet. Bestimmte Aufgaben fallen das ganze Jahr über

Info

Die Bezirksstrukturen des SGBCISL sind die Gesellschafter der „SGB/CISL Service GmbH“, der Steuerdienst des SGBCISL. Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind Sarah Fellin, Karin Kaserer, Robert Kammerlander und Stefan Mutschlechner. Präsident ist Eduard Wieser.

Zu den Dienstleistungen zählen:

- › Steuererklärungen
- › Steuerstreitfälle
- › Bescheinigungen EEEV, ISEE und RED
- › Erbschaftserklärungen
- › Erstellung der Lohnstreifen für Haushaltshilfen und Pflegekräfte.

an, etwa die Beratungstätigkeit bzw. die Vorarbeit für die Steuerabschreibungen bei Sanierungen, wo es z.B. wichtig ist, wie die Überweisungen getätigt werden. Dadurch haben wir nicht nur Saisonbeschäftigte, sondern auch viele Fixangestellte.

Welche sind die wichtigsten Dienstleistungen des Steuerdienstes?

Neben den Steuererklärungen sind wir Anlaufstelle für die Einkommensbescheinigungen EEEV und ISEE sowie für Zusatzrentenberatungen über unsere Pensplan-Infopoints. Zu nennen sind auch die Erbschaftserklärungen und der Dienst für Haushalts- und Pflegekräfte, wo wir für die Bürger als Arbeitgeber die Lohnstreifen der „badanti“ erstellen. Wir haben da zwei Vorteile, Arbeitsrecht ist unsere Stärke und wir sind günstiger als beispielsweise Anwälte oder Wirtschaftsberater.



Präsident Eduard Wieser hat bei der 25-Jahr-Feier des Steuerbeistandszentrums CAF SGBCISL die langjährige Mitarbeiterin Daniela Bernardi geehrt. Sie war vor 25 Jahren Gründungsmitglied und ist heute noch im Steuerdienst tätig. Anwesend waren auch alle anderen Gründungsmitglieder, neben Daniela Bernardi und Eduard Wieser noch Nicola Calanducci, Günther Patscheider und Reinhard Unterweger.

Grundlagen des Rentensystems

Wie funktioniert das italienische Rentensystem? Rudi Nöckler vom Patronat INAS des SGBICISL erklärt in seinem Beitrag einige Grundbegriffe und wichtige Entwicklungen.

In Italien, wie auch in fast allen anderen Ländern weltweit, ist das öffentliche Rentensystem als **Sozialversicherung** aufgebaut. Das bedeutet, dass zuerst Versicherungsbeiträge eingezahlt werden müssen, bevor eine Leistung ausbezahlt wird. Die Rente wird erst ausbezahlt, wenn die rentenversicherte Person sämtliche gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt, z.B. eine Mindestanzahl an Beitragsjahren, ein gewisses Mindestalter und anderes mehr.

Die öffentlichen Renten in Italien werden im **Umlageverfahren** finanziert. Die laufenden Einzahlungen finanzieren die laufenden Renten („Generationenvertrag“). Die öffentlichen Rentenkassen bilden – anders als etwa ein Zusatzrentenfonds – keine finanziellen Rücklagen.

Die Rente wird von den Versicherten selbst finanziert. Es handelt sich somit um eine Vorsorgeleistung – nicht zu verwechseln mit einer Fürsorgeleistung, die aus Steuermitteln an die Anspruchsberechtigten ausbezahlt wird.

Die Rentenversicherung ist an lohnabhängige und selbstständige Erwerbsarbeit gebunden, und sie ist eine **Pflichtversicherung**. Man kann

sich nicht aussuchen, ob man rentenversichert sein will oder nicht, ebenso wenig kann man sich die Versicherungskasse, die Höhe der Versicherungsbeiträge und die Art der Rentenberechnung aussuchen.

Die **Versicherungsposition** ist die Summe der eingezahlten Beiträge. Davon hängt ab, ob überhaupt Anrecht auf eine Rente besteht und in welcher Höhe. Ein höheres Einkommen aus Erwerbsarbeit bedeutet, dass höhere Beiträge eingezahlt werden. Dadurch wird die zukünftige Rente höher ausfallen.

Die großen **Rentenreformen von 1992 und 1995** haben einen strukturellen Wandel im Rentensystem eingeleitet. Die Versicherten werden später in Rente gehen, denn:

- › das Rentenalter steigt
- › ebenso wie die Anzahl der Beitragsjahre, die notwendig sind, um in Rente gehen zu können

Die zukünftige Rentenhöhe wird bei gleichen Voraussetzungen deutlich niedriger ausfallen, denn die **einkommensbezogene Rentenberechnung** wird von der beitragsbezogenen Rentenberechnung abgelöst. Der

Staat überträgt die Verantwortung für die Beibehaltung des Lebensstandards im Alter vermehrt auf jede/n Einzelne/n.

Um den Versicherten die Möglichkeit zu geben, die zukünftige Verringerung der staatlichen Renten auszugleichen, sind die **Zusatzrenten** eingeführt und staatlich gefördert worden. Die Zusatzrenten sind eine individuelle Sparform, es handelt sich um freiwillige Geldanlagen.

Das Wesentliche in Kürze:

1. Nicht alle Personen erhalten eine Rente.
2. Der Zugang zur Rentenversicherung garantiert allein noch keine ausreichende Rentenhöhe.
3. Es ist wichtig, seine Versicherungsposition zu kennen und zu überprüfen.
4. Es ist wichtig, als Ergänzung zur staatlichen Rente an eine Zusatzrente zu denken.

Rudi Nöckler
Patronat INAS Brixen



Foto © TimeShops - stock.adobe.com

Info

Das italienische Sozialversicherungssystem deckt zusätzlich zu den Renten folgende Bereiche ab:

- › Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten
- › Krankengeld
- › Mutterschaftsgeld
- › Arbeitslosengeld
- › Lohnausgleichskasse
- › Familienzulage

Familiengelder und ISEE 2025

Ab Jänner kann die ISEE 2025 eingereicht werden. Neben vielen anderen Leistungen braucht es diese Bescheinigung auch für folgende Ansuchen:

- 1) Erneuerung des **laufenden Antrags auf Landeskindergeld*** für den Zeitraum ab März 2025; Zeitraum für die Antragstellung, um keine Raten zu verlieren: Jänner 2025 – September 2025.
- 2) **Neuantrag auf Landeskindergeld*** bei Geburt eines Kindes ab Jahresbeginn 2025; Zeitraum für die Antragstellung, um keine Raten zu verlieren: innerhalb von 180 Tagen ab Geburt.
- 3) Erhalt des vollen **zustehenden Betrags des staatlichen, einheit-**

lichen Familiengelds („assegno unico“) ab März 2025. Für die Verlängerung ist kein neuer Antrag nötig, aber die neue ISEE muss bis Juni 2025 abgefasst werden, um nichts zu verlieren.

* Voraussetzung für den Bezug des Landeskindergeldes ist eine ISEE bis 40.000 Euro. Die ISEE muss bei der Antragstellung schon abgefasst und vom INPS bestätigt sein.

Die Anträge auf Landeskindergeld können online oder über ein Patronat gestellt werden. Die ISEE kann beim Steuerdienst CAF vorgemerkt und abgefasst werden.



Die Liste der notwendigen Unterlagen für die ISEE 2025 ist auf unserer Internetseite über den nachfolgenden QR-Code zu finden.



Deine Rechte als Verbraucher/in

Ich habe ein Abonnement für einen Online-Dienst abgeschlossen, aber jetzt habe ich bemerkt, dass sich das Abo automatisch verlängert hat und ich dafür zahle. Was kann ich in Zukunft tun, um dies zu vermeiden, und welche Rechte habe ich?

Online-Abonnements mit automatischer Verlängerung sind besonders bei Streaming- oder digitalen Diensten häufig. Wenn Sie eine kostenlose Testphase genutzt haben, aber nicht am Abo interessiert sind, kündigen Sie vor Ablauf der Frist, um Gebühren zu vermeiden. Falls ein längerfristiges Abonnement bereits automatisch verlängert wurde, prüfen Sie, ob der Anbieter Sie mindestens 30 Tage vorher darüber informiert hat, wie es Art. 65-bis des italienischen Verbraucherschutzgesetzes verlangt. Andernfalls können Sie kostenfrei kündigen.

Es kann von Nutzen sein, wenn Sie sich Kündigungsfristen in einem Kalender notieren oder eine Erinnerung auf Ihrem Smartphone einstellen. Prüfen Sie auch die Vertragsbedingungen, um herauszufinden, ob Sie jederzeit oder nur in bestimmten Zeitfenstern kündigen können. Achten Sie bei künftigen Abonnements besonders auf den Wortlaut, der zum Zeitpunkt der Aktivierung akzeptiert wurde.

Wenn Sie Schwierigkeiten haben, aus einem unerwünschten Abonnement auszusteigen, kann Ihnen das Europäische Verbraucherzentrum Italien kostenlose Unterstützung bieten, vor allem, wenn es sich um Anbieter mit Sitz in der EU handelt.

Für weitere Details und praktische Tipps besuchen Sie die Webseite des Europäischen Verbraucherzentrums Italien.

Rubrik in Zusammenarbeit mit den Verbraucherzentralen VZS und EVZ

Antragstellung "Bonus Natale", zweite Chance

Wer den Antrag auf den „Bonus Natale“ über den Arbeitgeber nicht gestellt hat, die Voraussetzungen dafür aber erfüllt, kann diesen noch über die Steuererklärung 2025 beanspruchen. Zur Erinnerung: Voraussetzungen dieser Leistung für lohnabhängige Arbeitnehmer sind ein Bruttoeinkommen bis 28.000 Euro, ein steuerlich zu Lasten lebendes Kind und genügend Steuerschuld. Achtung verheiratete oder zusammenlebende Eltern: Der Bonus steht nur einem Elternteil zu, auch wenn beide die Voraussetzungen erfüllen. Sind die Eltern hingegen nicht zusammenlebend, können beide den Bonus beanspruchen, wenn sie beide das Kind anerkannt und zu Lasten haben.

Alles Gute für 2025

Wir wünschen euch allen schöne Feiertage und alles Gute im neuen Jahr 2025.



Aus dem Programm 2025

Einige Vorschläge aus dem Rahmenprogramm
des ETSI für das neue Jahr



Ausflüge, Tagesfahrten

Februar

Tagesfahrt und Mittagessen mit rotem Radicchio

März/April

Mittagessen mit Fischmenü

November

Vorweihnachtsausflug mit Mittagessen

Meeraufenthalte

Alba Adriatica Hotel Sporting 3*

1. Turnus vom 25. Mai bis 7. Juni
2. Turnus vom 8. Juni bis 21. Juni
3. Turnus vom 22. Juni bis 5. Juli
4. Turnus vom 31. August bis 13. September

Cattolica e/o Rivazzurra Hotel 3+

1. Turnus vom 25. Mai bis 7. Juni
2. Turnus vom 8. Juni bis 21. Juni
3. Turnus vom 31. August bis 13. September

Cattolica Hotel Beaurivage 4*

Turnus vom 29. Juni bis 12. Juli

Sizilien, Apulien, Sardinien, Kampanien
Noch festzulegen in den Monaten Juni, Juli, September

Thermalaufenthalte

Abano Terme

Hotel Venezia und Hotel Verdi

ab 2. März marzo
(7 oder 13 Übernachtungen)

ab 11. Mai
(7 Übernachtungen)

ab 28. September
(7 oder 13 Übernachtungen)

**Wir erwarten euch immer vormittags von Montag bis
Donnerstag zwischen 9 und 12 Uhr in unserem Sitz in
Oberau um die Zeitung zu lesen, für einen Kaffee, für
einen lockeren Austausch uvm.**

**Außerdem:
Tanzkurse
Tanz-Gymnastikkurse
Sanfte Gymnastik und Yoga
Schwimmkurse uvm.**



Der Sitz in Oberau

Informationen:

ETSI Kultur und Freizeit
Siemens-Straße 23, Bozen
Tel. 0471 568 476 - etsi@sgbcisl.it
www.sgbcisl.it/etsi

Solidarität mit

Frauen in Gewaltsituationen

Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter. Am 25. November – Tag gegen Gewalt an Frauen – wurde die Aufmerksamkeit in Südtirol heuer auf die versteckten Gewaltformen gelenkt. Dazu zählen sexistische Sprache, stereotype Geschlechterrollen oder Schuldzuweisung an das Opfer. Diese mögen nicht so offenkundig und klar erkennbar sein, sind aber deswegen nicht minder problematisch.

Es braucht Dienste und Leistungen, um Frauen zu unterstützen, die Opfer von Gewalt sind.

Gleichzeitig braucht es eine Reihe von Maßnahmen, um die Ursachen dieses vielschichtigen Problems anzugehen: von der Erziehung über die Vorbeugung bis hin zur Bekämpfung von Diskriminierung.

Wichtig ist, falsches und schädliches Verhalten zu erkennen: Nicht weg- sondern hinzuschauen, für den Schutz und die Sicherheit von Frauen eintreten, in der Familie, an den Arbeitsplätzen und in der Öffentlichkeit, jeder von uns, im Interesse von uns allen.

HAUPTSITZ

Bozen

Siemensstraße 23
Tel. 0471 568400
info@sgbcisl.it

BEZIRKE

Bozen/Unterland

Bozen

Mailandstraße 121/A
Tel. 0471 204 602

Leifers

Weissensteiner Straße 3
Tel. 0471 952 692

Neumarkt

Rathausring 19
Tel. 0471 812 139

Eisack/Rienz

Brixen

Großer Graben 7
Tel. 0472 836 151
brixen@sgbcisl.it

Bruneck

Stegener Straße 8
Tel. 0474 375 200
bruneck@sgbcisl.it

Meran/Vinschgau

Meran

Meinhardstraße 2
Tel. 0473 230 242
info.me@sgbcisl.it

Mals

General-Verdross-Str. 45
Tel. 0473 831 418